

An den Oberbürgermeister Rathaus Uwe Richrath Friedrich- Ebert-Platz 1 51373 Leverkusen Leverkusen, den 01.04..2021 **FDP Ratsfraktion**

Im Rat der Stadt Leverkusen

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens Jörg Berghöfer Valeska Hansen

Geschäftsführerin Agnes Pötz

Dönhoffstr. 99 51373 Leverkusen

Tel: 0214 - 202 7439

info@fdp-ratsfraktion-lev.de

Bericht zum Einsatz von Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst in Leverkusen-Wiesdorf am 29. März und den Konsequenzen

Sehr geehrter Oberbürgermeister Richrath,

die FDP Ratsfraktion bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sondersitzung des Rates am 19.4.2021:

- 1. Der Oberbürgermeister erläutert genau den Ablauf der Ereignisse beim Einsatz des KOD am 29.3.21 in Wiesdorf.
- 2. Der Oberbürgermeister legt dar, wie solche Vorkommnisse zukünftig ausgeschlossen werden.
- 3. Der Oberbürgermeister legt dar, wie im konkreten Fall die Einhaltung der angeordneten Quarantäne überwacht und welche Ordnungsmaßnahmen wurden ergriffen worden sind?

4.

Begründung:

Seit mehr als einem Jahr leben die Bürgerinnen und Bürger in Leverkusen mit massiven Einschränkungen in ihrer Lebens- und Alltagsgestaltung. Dabei sind die Masken- und Abstandspflicht sowie die Minimierung persönlicher Kontakte die für alle geltenden grundsätzlichen Vorgaben. Die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger

hält sich verantwortungsvoll an die Pandemieregeln, bei Verstoß verhängt die Kommune Leverkusen hohe Bußgelder. Der personell deutlich aufgestockte Kommunale Ordnungsdienst ist diesbezüglich in den vergangenen Monaten auch immer wieder aktiv geworden und hat neben Ermahnungen auch hohe Bußgelder verhängt. Inwieweit diese Maßnahmen im Einzelfall gerechtfertigt oder verhältnismäßig waren, hat in der Vergangenheit verschiedentlich zu Diskussion geführt, insbesondere wenn es um Schülerinnen und Schüler ging.

Wir als FDP-Fraktion fordern ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt gleich behandelt werden. Es kann nicht sein, dass der KOD eine private Zusammenkunft mit einer großen Anzahl von Menschen nicht kontrolliert (was bedeutet in diesem Zusammenhang die von Ihnen gewählte Formulierung "einer unübersichtlichen Lage, wurde unter Berücksichtigung der rechtlichen Situation seitens des Kommunalen Ordnungsdienstes"?), offensichtlich sogar angebotene Unterstützung durch die Polizei ausschlägt. Die öffentlichen Wellen, die dieses Ereignis schlägt, zeigen, dass damit auch die Unzufriedenheit der Mehrheit der Bürgerschaft mit Politik und Verwaltung weiter wächst. Insbesondere die ausgesprochen schwammigen und ungenauen Formulierungen in der Pressemitteilung des Oberbürgermeisters heizen die Frustration weiter an. Wir bitten deshalb den Oberbürgermeister, dem Stadtrat genau zu berichten, was am 29.3. in Wiesdorf geschehen ist, wer welche Entscheidungen gefällt hat, welche Konsequenzen aus dem Ereignis gezogen worden sind und wie so etwas zukünftig verhindert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens Fraktionsvorsitzende